

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Netzwerk Grundeinkommen

Per Mail: ortwein@grundeinkommen.de

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.helgemeves.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEVB33XXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 18. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Matthias Blöcher,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu.

Hochachtungsvoll und mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

Nein, die Partei DIE LINKE hat diese Forderung nicht in ihrem Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments. Das Grundeinkommen wird in der Partei DIE LINKE kontrovers diskutiert.

Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa [\(2010/2039\(INI\)\)](#))

Die Partei DIE LINKE hat in ihrem [Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments](#) eine positive Bezugnahme auf den Prüfauftrag des Europäischen Parlaments aufgenommen: „Wir unterstützen Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene.“

Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

Die Fraktion DIE LINKE hat in der vergangenen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission zum Grundeinkommen angestrebt. Es wurde versucht, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür zu gewinnen. Denn wenn beide Fraktionen dies befürwortet hätten, hätte es aufgrund der damals geltenden Minderheitenregelung dazu geführt, dass eine Enquete-Kommission zum Grundeinkommen eingesetzt worden wäre. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist unserem Vorschlag leider nicht gefolgt. Das Netzwerk Grundeinkommen hat darüber auf deren Website [berichtet](#).

In dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages streben wir ebenfalls eine Enquete-Kommission zum Grundeinkommen an (siehe [Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. zur Bundestagswahl](#)) und haben erneut die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angefragt. Wir werden im Falle der Zustimmung weitere Fraktionen anfragen, da zwei Fraktionen allein keine Enquete-Kommission durchsetzen können. Denn die Minderheitenregelung der letzten Legislaturperiode gilt nicht mehr.

Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen schlägt in seinem Wahlprogramm für die Thüringer Landtagswahl 2019 vor, ein Modellprojekt auszuschreiben, um für 1.000 Menschen eines Stadtteils oder Ortes für drei Jahre ein existenzsicherndes Grundeinkommen zu finanzieren. Durch eine wissenschaftliche Begleitung soll untersucht werden, welche Möglichkeiten, Erfahrungen und Konsequenzen sich mit einem Grundeinkommen individuell als auch gesellschaftlich ergeben. Bei der Umsetzung des Modellprojekts ist aus sozial-, steuer- und finanzierungspolitischen Gründen auch die Bundesregierung gefordert.

*Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem [offenen Brief](#) einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?*

Die Partei DIE LINKE unterstützt Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene (siehe [Europawahlprogramm](#)).

Ebenso unterstützen wir im Deutschen Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen (siehe unser [Programm](#) zur Wahl des Deutschen Bundestages 2017). Die Fraktion DIE LINKE ist diesbezüglich aktiv geworden (siehe Antwort auf Frage 3). In dieser Enquete-Kommission sollte und muss das Thema Grundeinkommen in Europa ebenfalls Gegenstand sein.

Einen Beitrag für die Debatte zum Grundeinkommen in Europa sehen wir auch in dem Beschluss im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. Thüringen zur Thüringer Landtagswahl 2019, in dem es heißt: „Wir wollen an einer Thüringer Hochschule ein Graduiertenkolleg etablieren, welches sich konkret mit Fragen gesellschaftlicher Transformation und dem möglichen Einfluss eines BGE beschäftigt.“ Dieses Vorhaben steht im Zusammenhang mit der Absicht, in Thüringen Zukunftsforen der Bürgerinnen und Bürger zu etablieren, die dazu dienen sollen, „auf neue gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam Antworten zu finden, um eine nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft aktiv zu begleiten. Eine wissenschaftliche Begleitung und finanzielle Unterstützung soll das Land Thüringen übernehmen.“ Denn wie in dem von Ihnen genannten offenen Brief der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verdeutlicht wird, ist eine nachhaltigen Produktion und Konsumtion nur mit der Gestaltung einer sozialen und solidarischen Gesellschaft denkbar.

Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

Viele sehen in der Einführung einer sanktionsfreien, individuellen Mindestsicherung, die sicher vor Armut schützt, und einer Kindergrundsicherung, die jedem Kind die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, Schritte zum Grundeinkommen. Ebenso in der Einführung entgeltfreier bedingungsloser Zugänge zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, wie Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Internet und Energie.

In unserem [Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments](#) heißt es: „Die EU muss ihre Mitgliedstaaten verpflichten, allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Das gilt für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche – unabhängig von Herkunft oder Nationalität. Die ärmeren Länder der Europäischen Union müssen beim Aufbau und Ausbau von Systemen der sozialen Mindestsicherung unterstützt werden. Die EU muss dazu erhebliche Mittel in den Strukturfonds zur Verfügung stellen und sie dazu zusätzlich aufstocken (statt sie, wie derzeit vorgesehen, zu kürzen). Dazu gehört eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder ausüben können. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein.“

Weiter heißt es im Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE.: „Wir streiten für eine eigenständige Kindergrundsicherung, die jedes Kind, jeden Jugendlichen sicher vor Armut schützt. Jedes Kind ist gleich viel wert. Gegen Armut wirkt auch: mehr sozialer Wohnungsbau, ein soziales Grundkontingent an Energie, Investitionen in einen besseren und ticketfreien ÖPNV, freier Zugang zum Internet und gebührenfreie Bildung und Ausbildung von der Kita bis zur Hochschule für alle.“